

Zeitschrift: Energie extra
Herausgeber: Bundesamt für Energie; Energie 2000
Band: - (2000)
Heft: 3

Artikel: Gut für die Umwelt ; Gut für die Gesundheit ; Gut für die Wirtschaft ; Gut für die Beschäftigung
Autor: Roch, Philippe / Kaufmann-Hayoz, Rutz / Beniston, Martin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-638882>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

FÜR UMWELT UND GESUNDHEIT

Gut für die Umwelt

Die beiden Verfassungsartikel wollen längerfristig eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen. Sie erlauben die verstärkte Förderung der rationellen Energienutzung und der erneuerbaren Energien. Das ist gut für die Umwelt, die Wirtschaft und jeden Einzelnen.

Einige Zahlen**Kohlendioxid**

Der weltweit feststellbare Treibhauseffekt ist grösstenteils auf die vom Menschen freigesetzten CO₂-Mengen zurückzuführen, die auf der ganzen Erde jährlich in die Atmosphäre gelangen. Durch die Verbrennung fossiler Energieträger (Öl, Gas, Kohle) trägt die Schweiz mit 45 Mio. Tonnen CO₂ dazu bei. Gemäss dem CO₂-Gesetz will die Schweiz ihren Ausstoss bis 2010 um 10% verringern. Dieses Ziel kann voraussichtlich nur mit einer Abgabe auf dem Energieverbrauch oder dem CO₂-Ausstoss erreicht werden. Die am 24. September zur Abstimmung kommenden beiden Verfassungsartikel ermöglichen eine Senkung des Energieverbrauchs um ca. 11% und des CO₂-Ausstosses um rund 12%.

Klimaveränderungen

In den letzten 100 Jahren hat sich die durchschnittliche Temperatur der Erdatmosphäre um 0,3 bis 0,6 Grad erhöht. Im neuen Jahrhundert dürfte sich eine weitere Erwärmung um 2 Grad ergeben. Dadurch würde sich der Meeresspiegel um 50 cm erhöhen. Extreme Wetterereignisse mit Überschwemmungen und Sturmschäden (Lothar) werden sich mehren.

Energieverbrauch

Der Energieverbrauch der Schweiz hat sich zwischen 1960 und 1988 verdreifacht. Ohne das Aktionsprogramm Energie 2000 wäre der Verbrauch um weitere 4,3% gestiegen – das entspricht dem Verbrauch des Kantons Tessin. Zur Zunahme beigetragen hat in den letzten zehn Jahren die Zunahme der Wohnfläche um 11% und jene der Autos um 15%. Der Anteil der erneuerbaren Energien (inkl. Wasserkraft) hat 15,2% am Gesamtverbrauch und 60% an der Elektrizitätsproduktion erreicht.

Gut für die Gesundheit

Weniger Energieverbrauch heisst weniger Luftverschmutzung, die sich vor allem noch lokal stark auswirkt (Ozon, saurer Smog). Jährlich sind schätzungsweise 3'800 vorzeitige Todesfälle auf Atembeschwerden zurückzuführen. Dazu kommen 20'000 Pflgetage im Spital und 800'000 Tage Arbeitsausfall. Diese Zahlen könnten durch eine Senkung des Energieverbrauchs positiv beeinflusst werden.

Für ein gesundes Klima und eine gesunde Umwelt**Dr. Philippe Roch**

Direktor des Bundesamts für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL)

Wirtschaftliche Entwicklung ist langfristig ohne Rücksicht auf die Ökologie nicht möglich. Für eine gute Lebensqualität und wirtschaftliche Prosperität braucht es eine gesunde Umwelt und ein intaktes Klima. Die beiden Verfassungsartikel, über die am 24. September abgestimmt wird, setzen in der Klima- und Umweltpolitik der Schweiz neue Wegmarken: Sie spornen zum sorgsamem Umgang mit Energie an und helfen der sauberen Energie aus Sonne, Wasser, Holz auf die Sprünge.

Das Risiko einer von Menschen verursachten globalen Klimaerwärmung gilt heute als bedeutende Gefahr für Mensch und Umwelt. Die internationale Gemeinschaft hat reagiert: Im Rahmen der Klimakonvention haben sich die Industriestaaten zur Reduktion der Treibhausgasemissionen verpflichtet. Die Schweiz und die EU wollen ihren Ausstoss bis zum Jahr 2010 um 8% unter das Niveau von 1990 senken. Eine wirksame Massnahme ohne gesamtwirtschaftliche Nachteile ist die Besteuerung der Energie und die gleichzeitige Entlastung der Löhne von Abgaben. Viele europäische Staaten haben diesen ökologisch und wirtschaftlich sinnvollen Weg eingeschlagen; so zum Beispiel die skandinavischen Länder, Deutschland, Italien und England. Die Schweiz sollte sich ihnen anschliessen.

Die beiden Verfassungsartikel sind wirksame Instrumente der Klima- und Luftreinhaltepolitik. Sie vermindern die energiebedingten CO₂-Emissionen um rund 10%. Das ist gut für das Klima. Sie vermindern insbesondere auch Luftschadstoffe, wie z.B. Stickoxide und Feinstäube, bei denen die Luftreinhalteziele noch nicht erreicht sind. Das ist gut für unsere Luft und die Gesundheit der Menschen. Umweltschutzgesetz und CO₂-Gesetz brauchen diese Unterstützung. Darüber hinaus fliessen die Einnahmen nicht wie bei Steuern in die allgemeine Bundeskasse. Mit den Einnahmen werden die Lohnabzüge gesenkt und erneuerbare Energien gefördert. Die Vorlagen nützen allen: Sie verbessern die Umwelt, bekommen der Wirtschaft und fördern die Lebensqualität.

Die beiden Verfassungsartikel verbessern die Umwelt, bekommen der Wirtschaft und fördern die Lebensqualität

Die kleinen Schritte für den Klimaschutz Für eine günstige Entwicklung des Klimas



Prof. Dr. Ruth Kaufmann-Hayoz

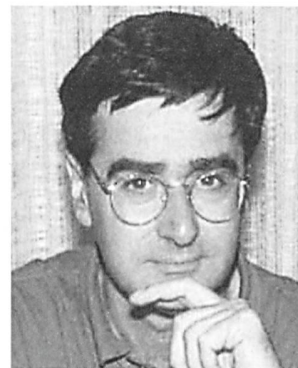
Professorin für allgemeine Ökologie an der Universität Bern

Wie oft verhalten wir uns – sei es im Privatleben oder als Unternehmerin und Unternehmer – wider besseren Wissens energieverwuchernd oder verzichten auf sinnvolle Investitionen zur besseren Energienutzung! Die Gründe dafür liegen nicht immer in unserer Gleichgültigkeit oder Bequemlichkeit, sondern in strukturellen Hindernissen und Hemmnissen, die in unserer Gesellschaft zahlreich vorkommen. Viele wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Untersuchungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die gegenwärtigen «verkehrten»

marktwirtschaftlichen Anreize zu den härtesten dieser Hindernisse gehören: Die Preise, die wir für Energie im Verhältnis z.B. zur Arbeit zu zahlen haben, verleiten oder zwingen uns oftmals, uns gegen verantwortungsvollen Umgang mit Energie und deren sparsamen Einsatz zu entscheiden. Diese Hindernisse sind aber nicht naturgegeben, sondern von uns selber durch unsere politischen Entscheidungen einmal gemacht worden, und sie können und müssen auch auf diesem Wege wieder abgebaut werden. Der Abbau passiert freilich nicht durch eine einzige spektakuläre Aktion ein für alle Mal, sondern erfordert viele kleine Schritte und klug eingesetzte Instrumente. Die energiepolitischen Vorlagen «Förderabgabe» und «Umweltabgabe» sind solche klugen kleinen Schritte. Wagen wir sie, wir werden es sicher nicht bereuen!

Weltweit verbraucht die Wirtschaft vor allem fossile Energien. Bei deren Verbrennung entweichen Kohlendioxid (CO₂) und weitere, teilweise für die Umwelt und die Gesundheit schädliche Gase. Treibhausgase wie das CO₂ fangen Infrarotstrahlen ein und erwärmen die Atmosphäre. Damit wurden Bedingungen geschaffen, die das Leben auf der Erde ermöglichen. Doch ist die durch den Menschen verursachte Beschleunigung der Erwärmung zehn bis hundertmal grösser als die natürlichen Schwankungen in den vergangenen 20'000 Jahren.

Und das beschäftigt die Klimaspezialisten. Die Klimaerwärmung kann sich weltweit dramatisch auswirken: Erhöhter Meeresspiegel, Gletscherschwund in Bergen und Eismeer, umverteilte Niederschläge, bedrohte und veränderte Ökosysteme usw. Die menschliche Gesellschaft würde unter der Zunahme der natürlichen Risiken leiden, weil die Nahrungsmittelversorgung bedroht und die Versicherungsbranche finanziell belastet würden. Alle Massnahmen, die eine stetige Zunahme der Treibhausgase in Schranken halten, fördern deshalb eine günstige Entwicklung des Klimas. Energiesparmassnahmen, mehr erneuerbare Energien und Lenkungsabgaben helfen, die Umweltbelastung durch Treibstoffgase zu verringern, ohne die Wirtschaft unverhältnismässig zu belasten. Deshalb weisen die dem Volk am kommenden 24. September vorgelegten Verfassungsartikel in die richtige Richtung.



Prof. Dr. Martin Beniston

Vorsteher des Geographischen Departements der Universität Freiburg

Die einheimische Wasserkraft verdient unsere Unterstützung im Interesse von Umwelt, Wirtschaft und Arbeitsplätzen

FÜR WIRTSCHAFT UND ARBEITSPLÄTZE

Gut für die Wirtschaft

Der Verfassungsartikel über eine Energielenkungsabgabe für die Umwelt ist ein wichtiger Schritt hin zur neuen Finanzordnung mit ökologischen Anreizen: Die nicht erneuerbaren Energien werden mit einer Abgabe von 2 Rp. pro kWh belastet. Damit können die Lohnabzüge für die Sozialversicherungen um jährlich drei Milliarden Franken verringert werden. Viele Unternehmungen profitieren auch von der Erneuerung der Wasserkraftwerke, den Förderprogrammen für die erneuerbaren Energien und die rationelle Energienutzung. Für besondere, im internationalen Wettbewerb stehende Wirtschaftszweige mit einem energieintensiven Herstellungsverfahren sind Ausnahmen vorgesehen (Seite 4).

Auswirkungen auf die einzelnen Unternehmen

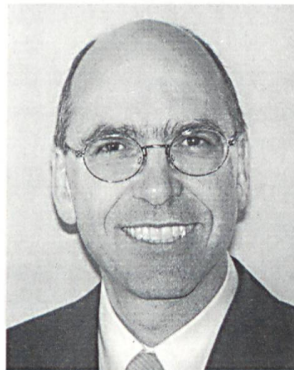
Die Schweizerische Vereinigung für ökologisch bewusste Unternehmensführung (ÖBU) hat mit den betroffenen Bundesämtern Unterlagen für eine einfache Berechnung der Nettobelastungen oder -entlastungen für verschiedene Szenarien erarbeitet (Umweltabgabe, Förderabgabe, Solarinitiative und Kombinationen). Die Berechnungstabellen und ein Dossier über die Vorlage und Berechnungsgrundlagen können für 66 Fr. bestellt werden bei: ÖBU, Obstgartenstr. 28, 8035 Zürich, Tel. 01 364 37 38, Fax 01 364 37 11, E-Mail: oebuinfo@oebu.ch).

Die moderne Energietechnik bietet Chancen für zukunftsorientierte Unternehmen und Fachleute

Gut für die Beschäftigung

Dank des Verfassungsartikels über eine Energielenkungsabgabe für die Umwelt dürften etwa 4'000 neue Stellen entstehen. Durch den Verfassungsartikel über eine Förderabgabe für erneuerbare Energien werden in zukunftsgerichteten Branchen und der Forschung rund 2'000 neue Stellen geschaffen. Obwohl in der «alten» Energiewirtschaft Stellen verloren gehen, entstehen durch die beiden Verfassungsartikel einige Tausend Arbeitsplätze. Mit einer intensiveren Forschung und innovativen Technologien kann sich die Schweiz Wettbewerbsvorteile schaffen und ihre gute Position im internationalen Markt ausbauen.

Eine Chance für innovative Betriebe



Stephan Baer
Unternehmer

Von Kindsbeinen auf sind wir uns gewöhnt, dass nur bittere Medizin auch wirksame Medizin ist. Und so folgern viele allzusehr schnell, dass auch Energiespar-Lenkungs-massnahmen schmerzen müssen, wenn sie tatsächlich wirken sollen. Dass es aber auch anders geht, beweisen die Energievorlagen, über die wir am 24. September abstimmen werden.

Der Verfassungsartikel für die Umweltabgabe bewirkt, dass alle nichterneuerbare Energie schrittweise verteuert wird, dass aber um den gleichen Betrag die Lohnnebenkosten reduziert und damit die Arbeitskosten entlastet werden. Ein durchschnittlicher Energieverbraucher hat also am Schluss gleich viel Geld in der Kasse wie zuvor. Und trotzdem soll Energie gespart werden? Ja, weil höhere Energiekosten Sparmassnahmen rentabel machen, die es bei den heutigen Energiepreisen noch nicht sind. Und wer schnell genug Sparmassnahmen ergreift, entlastet seine Energiekosten, erhält aber trotzdem die Reduktion der Lohnnebenkosten. Unter dem Strich lohnt sich sein Verhalten finanziell. Wer dagegen mit Energiesparen hinterherhinkt, zahlt mehr als was er entlastet wird.

Bei Produktionsprozessen mit notwendigerweise hohem Energieverbrauch sind Ausnahmeregelungen vorgesehen. Ist es denn richtig, dass ausgerechnet bei den grössten Energieverbrauchern Ausnahmen gemacht werden? Ja und zwar aus zwei Gründen: Erstens weil sonst die internationale Konkurrenzfähigkeit zerstört werden könnte (und der Import solcher Güter dann noch zusätzliche Transportenergie verbrauchen würde) und zweitens weil bei diesen Prozessen die Energie schon heute einen grossen Kostenfaktor darstellt und entsprechend Energiesparen bereits eine Daueraufgabe ist.

Verstärktes Energiesparen muss aber auf breiter Front ansetzen, dann fördert es die Entwicklung von neuen technischen Lösungen zur rationellen Energienutzung und von erneuerbaren Energieformen wie Biomasse und Sonnenenergie. Dies ist eine grosse Chance für innovative Gewerbebetriebe und auch eine Chance für neue zukunftsträchtige Arbeitsplätze.

Der Verfassungsartikel für die Umweltabgabe, flankiert von der zeitlich befristeten Solar-Initiative respektive Förderabgabe, fördert auf wirtschaftsverträgliche Weise das Energiesparen und beweist, dass wirksame Lenkung nicht bittere Medizin sein muss.